

Fragen

**für die Fragestunde der 167. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. März 2012**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bartol, Sören (SPD)	32, 33	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	55, 56
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 71	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	78
Brase, Willi (SPD)	46, 47	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Crone, Petra (SPD)	9, 10	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	66, 67	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Drobinski-Weiß, Elvira (SPD)	3, 4	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	59, 60
Ehrmann, Siegmund (SPD)	19, 20	Nink, Manfred (SPD)	36, 37
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	53	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 63
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	73, 75	Özoğuz, Aydan (SPD)	16, 17
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Paula, Heinz (SPD)	13
Gerdes, Michael (SPD)	48, 49	Rix, Sönke (SPD)	14, 15
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	62	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	21
Hagemann, Klaus (SPD)	52	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	50, 51
Herzog, Gustav (SPD)	28, 29	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	30, 54
Höger, Inge (DIE LINKE.)	6	Schaaf, Anton (SPD)	76, 77
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	44, 45
Humme, Christel (SPD)	11, 12	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	35, 74
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	69, 70	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	8, 68	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 72
Klingbeil, Lars (SPD)	57, 58	Tack, Kerstin (SPD)	1, 2
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	5	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	24
Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	81, 82

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	15
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen zu den obligatorischen Beratungsprotokollen bei Finanzprodukten künftig eingehalten werden?

2. Abgeordnete
**Kerstin
Tack**
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die teilweise deutlich überhöhten Dispositions- und Überziehungszinsen einheitlich zu senken?

3. Abgeordnete
**Elvira
Drobinski-Weiß**
(SPD) Wie groß war beim Empfang der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen der Grünen Woche am 26. Januar 2012 die Menge der vom Buffet übriggebliebenen Lebensmittel, und welcher weiteren Verwendung wurden diese Lebensmittel zugeführt (bei unterschiedlicher Verwendung bitte Auflistung)?

4. Abgeordnete
**Elvira
Drobinski-Weiß**
(SPD) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um bei Empfängen und Veranstaltungen mit Verpflegung die Verschwendung von Lebensmitteln möglichst gering zu halten und die dennoch übriggebliebenen Lebensmittel einer sinnvollen und der Wertschätzung der „Mittel zum Leben“ entsprechenden Verwendung zuzuführen?

5. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche aktuellen Untersuchungen liegen der Bundesregierung zu einem möglichen Zusammenhang zwischen „Mycobacterium avium paratuberculosis“ (MAP) und Morbus Crohn durch den Konsum von Produkten infizierter Rinder durch Verbraucherinnen und Verbraucher vor, und welche vorbeugenden Maßnahmen bezüglich des Handels mit Produkten infizierter Tiere/Bestände wurden in Mitgliedstaaten der EU getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den genauen Inhalt der vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, bei seiner Reise nach Pakistan abgeschlossenen Vereinbarung zur Rüstungskooperation mit der pakistanischen Regierung und deren Streitkräfte, und wird angesichts der inneren und regionalen politischen Situation nach Ansicht der Bundesregierung durch die vereinbarte Kooperation gegen das Verbot der Waffenlieferungen in Spannungsgebiete verstoßen?
7. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht das Bundesministerium der Verteidigung aus dem Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Februar 2012, nach welchem aktive Berufs- und Zeitsoldaten des Sanitätsdienstes der Bundeswehr ebenso wie Wehrpflichtige und alle anderen Soldaten der Bundeswehr einen Anspruch darauf haben, dass das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (früher: Bundesamt für den Zivildienst) ein Anerkennungsverfahren durchführt, wenn sie einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen, und wie geht das Bundesministerium der Verteidigung zukünftig mit solchen Anträgen um?
8. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten hat die Bundeswehr bei der Ausbildung auf das System LUNA in Saudi-Arabien getragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

9. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Aus welchem Grund lädt die Bundesregierung keine Bundestagsabgeordneten zum Meinungsaustausch zwischen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Verbänden über das Eckpunktepapier zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegeberufsgesetzes?

-
10. Abgeordnete
**Petra
Crone**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass in den Beratungen zu den Eckpunkten die europäische Berufsanerkennungsrichtlinie ignoriert und keine Finanzierungslösung zwischen Bund und Ländern abgestimmt wurde?
11. Abgeordnete
**Christel
Humme**
(SPD)
- Wann ist die in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 111 auf Bundestagsdrucksache 17/8958 des Abgeordneten Rolf Schwanitz vom 7. März 2012 zum FrauenMediaTurm erwähnte Prüfung zur Bereitstellung von Mitteln abgeschlossen, und mit welcher Förderhöhe ist zu rechnen?
12. Abgeordnete
**Christel
Humme**
(SPD)
- Gibt es insgesamt ein Umsteuern in der Projektförderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und ist mit der Kürzung bzw. Aufstockung von Mitteln anderer Projekte zu rechnen (bitte mit Beispielen erläutern)?
13. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Ist es zutreffend, dass bei Projekten im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie stärken“ 10 Prozent an Eigenmitteln im Gegensatz zu 50 Prozent an Eigenmitteln bei Projekten beim Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erforderlich sind, und wenn das so ist, beabsichtigt die Bundesregierung die Regelung, wonach ein unterschiedlicher Bedarf an Eigenmitteln im Rahmen der beiden genannten Bundesprogramme benötigt wird, zu ändern?
14. Abgeordneter
**Sönke
Rix**
(SPD)
- Welche Maßnahmen prüft die Bundesregierung, um das Jugendschutzgesetz im Versandhandel (sowohl für Trägermedien als auch für Alkohol- und Tabakprodukte) wirkungsvoll anzuwenden, und inwieweit sind der Bundesregierung diesbezügliche Verstöße bekannt?
15. Abgeordneter
**Sönke
Rix**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Falle von Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz Versandhändler mit Geldbußen belegt wurden, und wenn ja, wie oft?

16. Abgeordnete
**Aydan
Özoğuz**
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigten Nationalen Aktionsplan im Bereich Jugendschutz, Partizipation, Medienkompetenz und Gewalt- und Suchtprävention vorlegen, und welche weiteren Schritte hat die Bundesregierung seit der Benennung einer Agentur zum Jahreswechsel 2010/2011 in Bezug auf die Einrichtung einer Kooperationsplattform unternommen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 66 auf Bundestagsdrucksache 17/4813)?
17. Abgeordnete
**Aydan
Özoğuz**
(SPD)
- Welche konkreten Ergebnisse hat die im Februar 2011 (Bundestagsdrucksache 17/4813) und im Mai 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5868) von der Bundesregierung angekündigte Überprüfung des Novelierungsbedarfs des Jugendschutzgesetzes ergeben, bzw. wann rechnet die Bundesregierung mit Ergebnissen dieser Überprüfung (bitte nach Maßnahmen aufschlüsseln)?
18. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, wonach die Nichtduldung schwuler Schützenpaare durch den „Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e. V.“ ein Signal der Intoleranz ist, und teilt die Bundesregierung die Bedenken der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, ob die Satzungsänderung des Vereins mit dem Diskriminierungsverbot wegen sexueller Identität (insbesondere § 18 ff. des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes) im Einklang steht?
19. Abgeordneter
**Siegmond
Ehrmann**
(SPD)
- Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung den renommiertesten Kunstpreis für Bildende Künstlerinnen in der Bundesrepublik Deutschland, den „Gabriele-Münter-Preis“, der erstmals 1994 von der damaligen Bundesministerin für Frauen und Jugend, der heutigen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel verliehen wurde, bislang gefördert?
20. Abgeordneter
**Siegmond
Ehrmann**
(SPD)
- Was hat sich an dieser Begründung insofern geändert, dass diese Förderung einem Bericht der „Tagesszeitung“ vom 13. März 2012 zufolge nunmehr eingestellt werden soll?

21. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie passt die Ankündigung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, dass Großeltern leichter eine Auszeit vom Beruf nehmen sollen, in das Gesamtkonzept zur Demografiepolitik der Bundesregierung, die in ihrem erst im Oktober 2011 vorgelegten „Demografiebericht“ darlegt, dass „das vorhandene Arbeitskräftepotenzial optimal zu nutzen“ sei und eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Menschen angestrebt wird, um die Folgen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt zu mildern?
22. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang plant die Bundesregierung die Ausweitung der Elternzeit auf Großeltern, und wie will die Bundesregierung eine Ausweitung der Elternzeit auf Großeltern finanzieren ohne nach eigener Aussage zusätzliche finanzielle Mittel einzuplanen (vgl. „Schröder will Großelternzeit einführen“, www.sueddeutsche.de/politik/kinderbetreuung-schroeder-will-grosselternzeit-einfuehren-1.1308497)?
23. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass die Frauenerwerbstätigkeit im Zuge der Einführung des geplanten Betreuungsgeldes nicht sinkt, und inwiefern würde die Einführung des Betreuungsgeldes den beschlossenen Ausbau der Kindertagesstätten beeinflussen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

24. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Was sind die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Praxisgebühr?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

25. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Zu welchen grenzüberschreitenden Schienenverkehrsprojekten hat die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Nachbarländern in den vergangenen 20 Jahren Verträge unterzeichnet, und wie hoch sind jeweils die Kosten für diese Projekte?
26. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wurden diese Verträge jeweils unterzeichnet, und wie ist der jeweilige aktuelle Planungsstand bzw. Baufortschritt?
27. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wer ist Auftraggeber und Auftragnehmer der erneuten Wirtschaftlichkeitsprüfung des Elbe-Saale-Kanals (auch als Saale-Seitenkanal bezeichnet), und wie hoch sind die geplanten Kosten dieser neuen Studie und der vorangegangenen Studie von 2004?
28. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage aus der Binnenschifffahrt, dass es keine ausreichenden Liegeplätze an den Binnenwasserstraßen gibt, und beabsichtigt die Bundesregierung in weitere Liegeplätze zu investieren?
29. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD) Hält die Bundesregierung die Möglichkeiten für die Binnenschifffahrt, Müll und Altwasser entlang der Binnenwasserstraßen ordnungsgemäß zu entsorgen für ausreichend, oder sieht sie hier Handlungsbedarf, geeignete Ver- und Entsorgungsstellen an den Wasserstraßen zu schaffen?
30. Abgeordnete
**Karin
Roth**
(Esslingen)
(SPD) Ist es richtig, dass der Ausbau der Neckarschleusen für 135 Meter lange Schiffe bis Plochingen von der Zusage der Landesregierung Baden-Württemberg, weiterhin zu dem Projekt zu stehen, abhängig ist, so wie es der Abgeordnete Markus Grübel erklärt hat, in dem er behauptet (Eßlinger Zeitung vom 13. März 2012), Zitat: „Ramsauer habe erklärt, die Voraussetzung dafür sei ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Ausbau bis Plochingen“, und

wenn ja, ist damit die Ankündigung von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer hinfällig, den Neckarschleusenausbau nur bis Heilbronn zu finanzieren?

31. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was bedeutet die Festlegung im Bundesprogramm Wiedervernetzung der Bundesregierung „Mit der Umsetzung des Investitionsprogramms wird nach Abschluss der Bauprojekte aus dem Konjunkturpaket II begonnen“ in Anbetracht der Tatsachen, dass das Konjunkturprogramm II bereits Ende 2011 ausgelaufen ist, in 2012 keine Mittel für das Bundesprogramm in den Bundeshaushalt eingestellt wurden und für drei der 18 im Rahmen des Konjunkturprogramms zugesagten Grünbrücken bis zum 28. Dezember 2012 noch nicht einmal die Zustimmung zur Finanzierung erteilt, geschweige denn der Bau begonnen wurde, konkret für den Beginn der Finanzierung des Baus der 93 vorgesehenen Grünbrücken, und wie viele Mittel plant die Bundesregierung nach Beginn der Umsetzung bzw. Finanzierung jährlich bereitzustellen?
32. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage werden an Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften Baumpflanzungen vorgenommen, und wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, dass zukünftig an Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften keine Bäume mehr in Fliehkraftzonen gepflanzt werden dürfen?
33. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, dass in sog. Fliehkraftzonen außerhalb geschlossener Ortschaften anstelle von Bäumen Hecken als „grüne Naturleitplanke“ gepflanzt werden sollen?
34. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welche insbesondere rechtlichen Instrumente sollen die Pläne der Bundesregierung umgesetzt werden, dass bei der Beförderung von Kindern bis 15 kg in Pkw nur noch rückwärts gerichtete Kindersitze (Reboard-Kindersitze) zum Einsatz kommen?
35. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie viele von den laut Mikrozensus 2010 in Deutschland vorhandenen 40,5 Millionen Wohnungen, darunter 16,5 Millionen im selbstgenutzten Wohneigentum (siehe Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15. März 2012), sind nach

Kenntnis der Bundesregierung barrierefrei, und warum wurden bei der Erhebung der Daten zur Wohnsituation in Deutschland keine Daten zum Thema Barrierefreiheit erfragt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

36. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD) Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die jüngsten Ereignisse bzw. technischen Störungen vom 10. Februar 2012, 21. Februar 2012 und 11. März 2012 im französischen Atomkraftwerk Cattenom, und wie bewertet sie diese Vorfälle?
37. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD) Welche Risiken bestehen nach Auffassung der Bundesregierung durch das Atomkraftwerk Cattenom – auch vor dem Hintergrund der jüngsten Vorfälle und des Störfalls (Stufe INES 2) am 18. Januar 2012 – für die deutsche Bevölkerung, und wie will die Bundesregierung die französische Regierung davon überzeugen, das Atomkraftwerk Cattenom dauerhaft abzuschalten, um vor allem die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der grenznahen Region zu gewährleisten?
38. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie sind die drei zunächst nicht gemeldeten Ereignisse am 12. Mai 2009, 19. Januar 2010 und 17. Juni 2010 im Atomkraftwerk Philippsburg 2 seit der Antwort der Bundesregierung auf meine diesbezügliche Schriftliche Frage 164 auf Bundestagsdrucksache 17/5016 mittlerweile eingestuft worden (bitte neben Kategorie- und INES-Einstufung auch mit Angabe, ob die Einstufung endgültig abgeschlossen ist oder noch ein Upgrade möglich ist), und welche meldepflichtigen Ereignisse in deutschen Atomkraftwerken sind während des Leistungsbetriebs bei Instandhaltungen oder Durchführungen von Änderungen vorgekommen?
39. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) An welchen Atomkraftwerks- und Zwischenlager- bzw. Sammelstellenstandorten werden Kavernenlager für die Lagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen genutzt, und wie viele Fässer/Gebinde sind dort jeweils vorhanden?

40. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung, dass auch nach 2017 neue Photovoltaikanlagen eine Vergütung erhalten werden, und wie will die Bundesregierung ab 2014 einem Teil dieser Anlagen den Vergütungsanspruch entziehen, um einerseits zwischen geförderten Anlagen, im Rahmen des von ihr vorgesehenen Ausbau-Korridors, wie in § 64h Absatz 3 des Kabinettsbeschlusses zum EEG-Änderungsgesetz (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) beschrieben ist und andererseits nichtgeförderten sonstigen Anlagen eindeutig differenzieren zu können?
41. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden die Kürzungen bei den im Energie- und Klimafonds enthaltenen Forschungsmittel für erneuerbare Energien auf die einzelnen erneuerbaren Energieformen aufgeteilt, und schließt die Bundesregierung aus, dass von den Kürzungen auch Forschungsmittel für die Photovoltaik betroffen sind?
42. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie häufig haben sich in den vergangenen zwölf Monaten Vertreter der Bundesregierung mit Vertretern der kanadischen Regierung (einschließlich Vertretern kanadischer Provinzregierungen) und/oder mit Vertretern der Mineralölindustrie getroffen, um über die Umsetzung der EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie zu beraten (bitte mit genauer Terminangabe und jeweiligem Ergebnis des Gesprächs)?
43. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Termine wird der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, bis zur Wahl des Landtags in Nordrhein-Westfalen in seiner Funktion als Bundesumweltminister nach heutigem Kenntnisstand wahrnehmen (bitte einzeln auflisten), und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass der für zentrale Fragen der Energiepolitik federführende bzw. mitberatende Bundesumweltminister im Zuge von anstehenden Beratungen und Entscheidungen (Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, EU-Energieeffizienzrichtlinie, Netzausbauplan, Endlagersuchgesetz usw.) präsent ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

44. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie viele Informationskurzbriefe zu Projektförderungen bzw. „Projekt-Steckbriefe“ – geordnet nach Fraktionszugehörigkeit und Jahr – hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung in dieser Legislaturperiode an Mitglieder des Deutschen Bundestages versandt?
45. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Werden diese Projekt-Steckbriefe an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, die den betreffenden Wahlkreis repräsentieren, verschickt, und erhalten alle betroffenen Abgeordneten die Informationen in gleicher Art und Weise?
46. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Versendet das Bundesministerium für Bildung und Forschung Informationskurzbriefe zu Projektförderungen bzw. „Projekt-Steckbriefe“, und falls ja, werden diese Briefe erst nach dem Beschluss über eine Förderung oder bereits im Vorfeld einer Förderzusage an Wahlkreisabgeordnete verschickt?
47. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Wie viele dieser Projekt-Steckbriefe an Mitglieder des Deutschen Bundestages werden durchschnittlich pro Woche versandt, und wie viele Vollzeitstellen-äquivalente entsprechen dem Arbeitsaufwand für das Verfassen und Versenden dieser Briefe?
48. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Wie bewertet das Bundesministerium für Bildung und Forschung die mögliche Kritik, dass aufgrund der einseitigen Information von nur einem und nicht von allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die einen Wahlkreis repräsentieren, die Öffentlichkeitsarbeit von Mitgliedern des Deutschen Bundestages ungleich unterstützt und damit der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt wird?
49. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung das in der Presse (Hamburger Abendblatt vom 12. März 2012) zitierte Fördervolumen von 16 Mio. Euro im Jahr für die gemeinsame Förderung von lediglich wenigen Modellprojekten zur Lehrerbildung hinsichtlich des Ziels einer schnellen und flächendeckenden Verbesserung der Lehrerbildung?

50. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) Welches konkrete Konzept verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der mit der Kultusministerkonferenz beabsichtigten gemeinsamen Förderung der Lehrerausbildung, und wann wird sie dem Parlament ein beratungsreifes Konzept vorlegen können?
51. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) In welcher Höhe hat die Bundesregierung im Einzelplan 30 (bitte mit Titelangabe) des Bundeshaushaltes für 2012 Mittel zur Finanzierung des Bundesanteils an der geplanten gemeinsamen Lehrerausbildungsförderung vorgesehen, und welche Ansatzentwicklung ist in der Mittelfristigen Finanzplanung hierzu angelegt?
52. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD) Wie viele der im Rahmen der zweiten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 vereinbarten, zusätzlichen Studienanfänger – unter Angabe des voraussichtlichen Zeitpunktes des Erreichens der bislang vereinbarten Obergrenze und der Zahl der bislang vollständig („spitz“) abgerechneten Studienanfänger (nach Bundesländern) – sind bereits an Hochschulen aufgenommen, und inwieweit sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die aktuelle Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen durch die Kultusministerkonferenz vom Februar 2012 die Notwendigkeit, den Hochschulpakt 2020 – unter Angabe der dafür ggf. in der laufenden Finanzplanung und im vorgesehenen Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt 2013 getroffenen, finanziellen Vorkehrungen – aufzustocken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

53. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.) Welche konkreten preissenkenden Wirkungen bei Benzin und Diesel erwartet die Bundesregierung durch die Umsetzung der am 4. März 2012 im Koalitionsausschuss beschlossenen, auf mehr Wettbewerb orientierten Änderung des Kartellrechts, und erwägt die Bundesregierung weitere Maßnahmen wie z. B. Veränderungen bei der Pendlerpauschale, um eine transparente und sozial gerechte Preisgestaltung von Benzin und Diesel zu erreichen?

54. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Mit welcher Begründung lehnt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, die Vergabe eines Kredites durch die KfW Bankengruppe zur Gründung einer Transfergesellschaft für die bundesweit von Kündigungen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Schlecker ab, und teilt die Bundesregierung einschließlich der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel diese Auffassung?
55. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- In welcher Form ist die Landesregierung von Baden-Württemberg bisher bei der Bundesregierung wegen der insolventen Drogeriemarktkette Schlecker vorstellig geworden?
56. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- In welcher Form könnte die Bundesregierung tätig werden, um die Finanzierung der Transfergesellschaft und Arbeitsplätze zu sichern?
57. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung Gründe für das Scheitern einer freiwilligen Einführung eines Warnhinweismodells bei mutmaßlichen Urheberrechtsverletzungen im Internet im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) durchgeführten „Wirtschaftsdialog“ am 15. März 2012, und wird sie – wie vom Parlamentarischen Staatssekretär Hans-Joachim Otto für diesen Fall angekündigt – an dem Vorhaben einer gesetzlichen Verankerung eines solchen Warnhinweismodells festhalten?
58. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Auf welchen konkreten Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen – Medienberichten zufolge ist von zehn Maßnahmen die Rede – hat man sich im Rahmen des „Wirtschaftsdialogs“ am 15. März 2012 verständigt, und ist es dem Bundesministerium der Justiz zwischenzeitlich gelungen, auch das BMWi von den massiven (datenschutz-, europa- und verfassungs-)rechtlichen Bedenken gegen derartige Warnhinweismodelle – wie sie auch im Rahmen des „Wirtschaftsdialogs“ vorgetragen wurden – zu überzeugen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

59. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen innerhalb der Bundesregierung abgestimmten Plan zur Reduzierung der Bundeswehr in Afghanistan vorlegen?
60. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Welchen Einfluss hat die aktuelle Debatte über die beschleunigte Reduzierung insbesondere der US-amerikanischen und britischen Truppen in Afghanistan auf die Entscheidung der Bundesregierung zur Reduzierung des deutschen Truppenkontingents in Afghanistan?
61. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai vom 15. März 2012, alle NATO-Truppen sollten sich aus den Dörfern und Regionen in ihre Stützpunkte zurückziehen und bereits 2013 die ganze Sicherheitsverantwortung an afghanische Einheiten übergeben, sowie aus dem Aussetzen der Friedensgespräche durch die Taliban am gleichen Tag, weil die USA unannehmbare Vorbedingungen stellen, und warum besteht die Bundesregierung entgegen diesem erklärten Abzugsverlangen der afghanischen Regierung trotzdem auf einer Fortsetzung der Kampfeinsätze der Bundeswehr mindestens bis Ende 2014 und jedenfalls einer Kampfpräsenz über 2014?
62. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Weshalb gibt es nach der Festnahme eines mutmaßlichen marokkanischen Agenten in Berlin (Quelle: SPIEGEL ONLINE vom 15. Februar 2012) bisher keinerlei Konsequenzen für marokkanische Diplomaten und die marokkanische Botschaft, während nach der Festnahme von mutmaßlichen syrischen Agenten in Berlin, vier syrische Diplomaten ausgewiesen wurden?
63. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern trifft es zu, dass die deutschen Botschaften in Amman (Jordanien) und Beirut (Libanon) derzeit an sie gerichtete Visaanträge syrischer Staatsbürger ablehnen?

64. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen nimmt die Bundesregierung keine syrischen Flüchtlinge aus der Türkei und dem Libanon auf und behandelt keine verletzten Syrerinnen und Syrer in Deutschland, und wie lässt sich diese Position mit den in Syrien anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vereinbaren?
65. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Situation der syrischen Flüchtlinge in den Aufnahmelagern in der Türkei, unter anderem in Bezug auf die Grundversorgung sowie die medizinische und psychologische Betreuung der Flüchtlinge, insbesondere der Kinder, und inwiefern wirkt die Bundesregierung auf die türkische Regierung ein, dem UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) Zugang zu diesen Flüchtlingslagern zu gewähren sowie Unterstützung bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen zuzulassen?
66. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Hinweise, über eigene Erkenntnisse hinaus (siehe Antwort auf die Mündliche Frage 89 auf Bundestagsdrucksache 17/8828 vom 2. März 2012 in der es hieß, sie „verfügt über keine eigenen Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung“), hat die Bundesregierung darüber, dass die USA „ernsthaft ein mögliches militärisches Engagement in Syrien“ erörtern, darunter direkte Waffenlieferungen an die Opposition, eine Entsendung von Truppen zur Gewährleistung eines humanitären Korridors und einer „sicheren Zone“ für die Rebellen sowie Schläge gegen das syrische Raketenabwehrsystem durchzuführen (vgl. Washington Post vom 10. März 2012, www.washingtonpost.com/world/national-security/talk-of-military-aid-rises-as-hopes-fade-for-peaceful-syria-solution/2012/03/10/gIOAzis83R_story.html), und schließt die Bundesregierung eine Beteiligung an einer solchen Intervention aus?
67. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Beteiligung welcher EU-Mitgliedstaaten und den Einsatzzweck der Abstellung von „europäischen Marinetruppen“, welche gemäß der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. Februar 2012 zum Iran und zu seinem Nuklearprogramm (P7_TA-PROV(2012)0024) zur Sicherung der Straße von Hormus vor dem Hintergrund der EU-Sanktionen gegen iranische Ölexporte neben US-amerikanischen Marinetruppen abgestellt worden sein sollen und „die militärische Lage in der gesamten Region auf die höchste Alarmstufe hochgestuft wurde“?

68. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand der für den Sahel geplanten zivilen EU-Mission, und inwiefern und in welchem Ausmaß plant die Bundesregierung sich an dieser Mission zu beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

69. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Hinweise kann die Bundesregierung zu den sich widersprechenden Aussagen des Hamburger Senats (Drucksache 20/3339) und der Bundesregierung (Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundstagsdrucksache 17/9002) machen, wonach gemäß dem Hamburger Senat das Bundesministerium des Innern einen Vertrag mit einem privaten Unternehmen zur Verwendung einer Software zum Versand von „Stillen SMS“ geschlossen hat, während die Bundesregierung die Existenz eines solchen Vertrages verneint, und welche Akteure (etwa private Dienstleister, andere Behörden, Landeskriminalämter, Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen) sind jeweils in den Versand „Stiller SMS“ durch Bundesbehörden (Bundeskriminalamt, Zollkriminalamt, Bundespolizei, Geheimdienste) eingebunden?
70. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mitarbeiter welcher deutscher Ministerien bzw. Behörden waren an der Prioritätensetzung und Ausarbeitung der informellen, als „Input“ bezeichneten „Common responses to current challenges by Member States most affected by secondary mixed migration flows“ beteiligt, und welches Ziel verfolgt das „Pilotprojekt“ am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros, über das ein Vertreter der griechischen Regierung im Gemischten Ausschuss am Rande der 3 151. Tagung der Justiz- und Innenminister/-innen am 8. März 2012 in Brüssel referierte und das demnach im September 2012 beginnen soll?
71. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie (Zeitpunkt, Zahl, Partei-Ebene, welche der 19 Geheimdienste) wird die Abschaltung der V-Leute in der NPD im Einzelnen vor sich gehen, und wie schätzt die Bundesregierung die Beweislage für einen NPD-Verbotsantrag bezüglich der Hürden in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (tatsächliche Gefahr) ein?

72. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher geänderten Situation hat der Bundesminister des Innern am 14. März 2012 – mit allen weiteren Länder-Innenministern der CDU, CSU – entgegen seinem und deren früheren Widerstand nun beschlossen, V-Leute nur in NPD-Vorständen lediglich vorübergehend stillzulegen, jedoch nicht konsequenterweise sämtliche V-Leute unter Mitgliedern von NPD sowie anderer rechter Organisationen dauerhaft abzuschalten, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass V-Leute in der rechten Szene erheblichen Schaden anrichten, etwa indem sie mit ihrem Lohn aus Steuergeldern rechte Kameradschaften und Umtriebe finanzieren?
73. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Äußerungen von Regierungsmitgliedern, die dazu geeignet sind, Ressentiments gegen Griechenland zu schüren, Rechtsradikale dazu ermutigen, Straftaten gegen in Deutschland lebende Griechinnen und Griechen zu begehen, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hierzu vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

74. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (2BvR 633/11,253 vom 12. Oktober 2011), das insbesondere feststellt, dass „die medizinische Behandlung eines Untergebrachten ... gegen seinen natürlichen Willen (kurz Zwangsbehandlung) ... in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit“ eingreift vor dem Hintergrund von Artikel 14 der UN-Behindertenrechtskonvention mit seiner Regelung, „daß das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt“ für die Novellierung der Gesetzgebung, vorrangig des Unterbringungsgesetzes (UBG)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

75. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wie hoch belaufen sich die Abschreibungsverluste deutscher Landesbanken, der KfW Bankengruppe, der sogenannten Bad Banks FMS Wertmanagement und Erste Abwicklungsanstalt (EAA), Banken an denen der Bund beteiligt ist sowie öffentlich-rechtlicher Sparkassen im Zuge des griechischen Schuldenschnitts (bitte aufgeschlüsselt nach Banken sowie Volumen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

76. Abgeordneter
Anton Schaaf
(SPD)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Verteilung nach Alter bei den Antragstellern und Antragstellerinnen auf Zahlung einer Altersrente nach den Regelungen des „Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto“ (ZRBG) zum Zeitpunkt der Antragstellung vor?
77. Abgeordneter
Anton Schaaf
(SPD)
- Wie verteilen sich die Rentenanwartschaften – differenziert nach der Zahl der persönlichen Entgeltpunkte – bei den positiv beschiedenen Anträgen auf eine ZRBG-Rente seit dem Jahr 2002, und bei wie vielen Personen sind weitere Anwartschaften in persönlichen Entgeltpunkten aus der gesetzlichen Rentenversicherung vorhanden?
78. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Unternehmensgründungen aus den Ländern Rumänien und Bulgarien hat es bundesweit 2011 gegeben, und wie bewertet die Bundesregierung daran gemessen die Aussage des Insituts für Arbeitsmarkt- und Berufsförderung im Kurzbericht 24-2011, dass die hohe Zahl von Selbständigen aus den MOE-Ländern (MOE = Länder in Mittel- und Osteuropa) zu einer Erosion tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse beitragen könnte?

79. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung die Einlegung des Vorbehalts gegen das Europäische Fürsorgeabkommen im Dezember 2011 mit Artikel 19 der Wiener Vertragsrechtskonvention vereinbar, wonach ein Vorbehalt dann nicht angebracht werden kann, wenn dieser „mit Ziel und Zweck des Vertrags unvereinbar ist“?
80. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage basiert die Annahme der Bundesregierung, für Staatsangehörige der Vertragsstaaten des Europäischen Fürsorgeabkommens kommen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Betracht, wenn sie von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialhilfe ausgeschlossen sind (Bundestagsdrucksache 17/8699, Antwort zu Frage 61)?
81. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele vom Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur haushaltsrechtlichen Befristung vom 9. März 2011 betroffene Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit sollten in dessen Umsetzung an einen anderen Arbeitsort versetzt werden, und in wie vielen Fällen klagten Betroffene dagegen (bundesweit und nach Bundesländern)?
82. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich bislang der Ausgang der Klagen von Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit gegen ihre Versetzung an einen anderen Arbeitsort im Zuge der Umsetzung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur haushaltsrechtlichen Befristung vom 9. März 2011 dar (bundesweit und nach Bundesländern)?

